



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

Seilbahnen

in

Baden- Württemberg

Merkblatt

für

Gestattungsverfahren

- Stand August 2019 -

Allgemeines:

Für Seilbahnen, die der Personenbeförderung dienen, gilt das Gesetz über Seilbahnen, Schleppaufzüge und Vergnügungsbahnen in Baden-Württemberg (Landesseilbahngesetz - LSeilbG) in der Fassung vom 20.11.2003 (GBl. 2004 S. 11) und die Verordnung (EU) 2016/424 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über Seilbahnen und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/9/EG (EU-Seilbahnverordnung).

Seilbahnen für die Personenbeförderung sind nach § 2 Abs. 1 LSeilbG in Verbindung mit Artikel 3 EU-Seilbahnverordnung

- **Seilschwebebahnen**
- **Standseilbahnen**
- **Schlepplifte** (Schleppaufzüge)

Gestattungsverfahren:

Das Landesseilbahngesetz kennt drei unterschiedliche Gestattungsverfahren, die alle vor Inbetriebnahme der Seilbahn positiv abgeschlossen sein müssen. Die **Gestattungsverfahren** und die jeweils zuständigen Behörden sind:

- GENEHMIGUNG NACH § 9 LSeilbG („Unternehmensgenehmigung“)
 - **Seilschwebebahnen und Standseilbahnen**
Zuständigkeit: Ministerium für Verkehr (VM), Referat 34, Stuttgart,
§ 25 Abs. 1 S. 1 LSeilbG
 - **Schleppaufzüge (= Schlepplifte)**
Zuständigkeit: Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften mit Baurechts-
zuständigkeit, oder die Landratsämter oder die Regierungs-
präsidien, § 25 Abs. 2 LSeilbG
- PLANFESTSTELLUNG NACH § 11 LSeilbG („Baugenehmigung“)
 - **Alle Seilbahnen**
Zuständigkeit: Regierungspräsidien (Referate 24)
- ERÖFFNUNG DES BETRIEBES NACH § 16 LSeilbG („Betriebsaufnahme“)
 - **Seilschwebebahnen und Standseilbahnen**
Zuständigkeit: Regierungspräsidium Freiburg
Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, Referat 97
§ 25 Abs. 1 S. 2 LSeilbG

- **Schleppaufzüge**

Zuständigkeit: Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften mit Baurechtszuständigkeit, oder die Landratsämter oder die Regierungspräsidien, § 25 Abs. 2 LSeilbG.

Der Seilbahnunternehmer hat die entsprechenden Anträge, mit den nachfolgend genannten Angaben bzw. Unterlagen, bei den zuständigen Behörden vorzulegen.

Aufgrund der Bündelungsfunktion sollte zuerst das Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden. Der Antrag auf Unternehmensgenehmigung nach § 9 LSeilbG kann aber parallel erfolgen.

Im Wesentlichen kann zwischen dem Neubau von Seilbahnen und der Änderung bestehender Seilbahnen unterschieden werden. Die zu beachtenden Zusammenhänge sind grafisch in den beiden zugehörigen, beigelegten Diagrammen dargestellt.

Wird beim Neubau oder einer wesentlichen Änderung und Erweiterung einer Seilbahn auf einen Planstellungsbeschluss oder eine Plangenehmigung verzichtet, sollten die Gründe genannt werden, auf denen die Absehtsentscheidung beruht, z.B. eventuell bereits vorliegende behördliche Entscheidungen wie Baugenehmigung, naturschutzrechtliche Genehmigung nach § 24 Abs. 2 NatSchG BW bzw. Befreiung nach § 79 NatSchG oder sonstigen Genehmigungen.

§ 9 LSeilbG

Genehmigung

(1) Zum Bau und Betrieb sowie für wesentliche Erweiterungen und Änderungen von Seilbahnen ist eine Genehmigung erforderlich. Diese wird erteilt, wenn

1. keine Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass der Antragsteller unzuverlässig ist,

Die Zuverlässigkeit des Antragstellers ist im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Unzuverlässig ist der Antragsteller dann, wenn davon auszugehen ist, dass er die Geschäfte seiner Seilbahn unter Beachtung der für die Seilbahn geltenden Vorschriften nicht ordnungsgemäß führen sowie die Allgemeinheit beim Betrieb der Seilbahn nicht hinreichend vor Schäden und Gefahren bewahren kann. Anhaltspunkte für die Unzuverlässigkeit des Antragsstellers können zum Beispiel sein:

- > strafrechtliche Verurteilungen,
- > schwere und wiederholte Verstöße gegen arbeits- und sozialrechtliche Verpflichtungen
- > schwere und wiederholte Verstöße gegen seilbahnrechtliche Bestimmungen.

2. die Leistungsfähigkeit des Unternehmens gewährleistet ist,

Als leistungsfähig gilt der Antragssteller, wenn er über die zur Aufnahme und ordnungsgemäßen Führung des Betriebes erforderlichen Mittel verfügt. Dies wird beispielsweise dann zweifelhaft sein, wenn der Antragssteller als Unternehmer Verbindlichkeiten nicht (mehr) zu berichtigen vermag.

3. die technische Prüfung keine Beanstandung ergibt,

Diese technische Prüfung erstreckt sich im Wesentlichen darauf, dass die Infrastruktur der geplanten Anlage bzw. der zu ändernden Anlage und hier insbesondere die Linienführung der Seilbahn den sicherheitstechnischen Bestimmungen entsprechen, z.B. das Einhalten der zulässigen Steigung oder der maximalen Verzögerung einer Seilbahn. Dies wird auch im Planfeststellungsverfahren durch die Aufsichtsbehörde beurteilt (§ 11 Abs. 1 Satz 3).

4. das Vorhaben öffentlichen Interessen nicht zuwiderläuft und

Belange des Allgemeinwohls dürfen dem Antrag nicht unüberwindbar entgegenstehen.

5. dem Vorhaben keine sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften entgegenstehen.

Die geplante Seilbahn darf nicht gegen Gesetze und Verordnungen verstoßen, z.B. Bundes- Immissionsschutz, Naturschutz, Baurecht. Dies wird auch im Planfeststellungsverfahren beurteilt.

(2) Die Genehmigung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.

Die Genehmigungsbehörde kann Nebenbestimmungen in Form von Auflagen, Bedingungen und Befristungen stellen, die dazu dienen, die allgemein formulierten gesetzlichen Anforderungen zu konkretisieren bzw. sicherzustellen.

Aufgrund der begrenzten, konstruktiv bedingten Lebensdauer der technischen Einrichtungen einer Seilbahn sollte die Genehmigung entsprechend der zu erwartenden technischen Lebensdauer befristet werden.

Die technische Lebensdauer berechnet sich abhängig vom Verschleiß durch die Nutzung der Anlage je nach Seilbahnart (rechnerische Lebensdauer) wie folgt:

- Seilschwebbahnen auf ca. 20 - 25 Jahre
- Standseilbahnen auf ca. 25 - 30 Jahre
- Schleppaufzüge auf ca. 20 Jahre

- (3) Die Genehmigung kann mit Zustimmung der Genehmigungsbehörde übertragen werden. Die Zustimmung wird erteilt, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1, Satz 2 Nr. 1 und 2 beim neuen Unternehmer vorliegen.**

Wird eine Seilbahn verkauft oder verpachtet, muss der neue Seilbahnunternehmer dieselben Bedingungen erfüllen wie der Vorgänger.

Der Antrag kann in der Regel formlos erfolgen.

§ 11 LSeilbG

Planfeststellung

- (1) Neue Seilbahnen einschließlich zugehöriger Einrichtungen dürfen nur gebaut und bestehende nur geändert werden, wenn der Plan vorher festgestellt ist (Planfeststellung). Anlagen und ihre Infrastruktur, Teilsysteme sowie Sicherheitsbauteile müssen den in Anhang II der EG-Seilbahnrichtlinie genannten grundlegenden Anforderungen entsprechen. In die Planfeststellung können auch die für den Betrieb der Seilbahn erforderlichen Neben- und Hilfseinrichtungen wie Wasser- und Stromversorgungsanlagen, Zufahrten, Seilbahnstationen, Werkstätten und ähnliche technische Einrichtungen aufgenommen werden.**

Den Umfang, den das Planfeststellungsverfahren abdecken soll, und welche technischen Unterlagen dem Antrag beizufügen sind, lässt sich nicht generell festlegen und ist daher im Einzelfall mit dem zuständigen Regierungspräsidium abzustimmen.

Die Pläne zur technischen Einrichtung sind von der Aufsichtsbehörde zu prüfen. Auf die Hinweise des Regierungspräsidiums Freiburg zu den seilbahntechnischen Antragsunterlagen wird verwiesen.

Die Aufsichtsbehörde wird im Planfeststellungsverfahren beteiligt und prüft, ob die technischen Einrichtungen den Anforderungen dieses Gesetzes sowie weiterer anzuwendender Regelungen entsprechen.

Bei der Planfeststellung ist die Umweltverträglichkeit nach Maßgabe des Landesgesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zu prüfen. § 74 Abs. 6 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes gilt mit der Maßgabe, dass die zuständige Behörde nur dann an Stelle eines Planfeststellungsbeschlusses eine Plangenehmigung erteilen kann, wenn es sich bei dem Vorhaben nicht um ein Vorhaben handelt, für das nach dem Landesgesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist. § 74 Abs. 7 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes gilt mit der Maßgabe, dass ein Fall von unwesentlicher Bedeutung nur dann vorliegt, wenn es sich bei dem Vorhaben nicht um ein Vorhaben handelt, für das nach dem Landesgesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist.

Auch hier gilt, dass Art und Umfang der Umweltverträglichkeitsprüfung und die hierzu einzureichenden Unterlagen mit dem zuständigen Regierungspräsidium abzustimmen sind.

- (2) Die Planfeststellung entfällt bei Änderungen oder Erweiterungen von unwesentlicher Bedeutung. Fälle von unwesentlicher Bedeutung liegen insbesondere vor, wenn**
- 1. andere öffentliche Belange nicht berührt sind und**
 - 2. Rechte anderer nicht beeinflusst oder mit den vom Plan Betroffenen entsprechende Vereinbarungen getroffen werden.**

Die Entscheidung hierüber trifft die Planfeststellungsbehörde.

Art und Umfang der Änderungen und die hierzu einzureichenden Unterlagen sind mit dem zuständigen Regierungspräsidium abzustimmen.

- (3) **Der Plan darf nicht festgestellt werden, soweit durch eine Seilbahn eine öffentliche Straße benutzt werden soll; Befreiungen hiervon sind nur zulässig, wenn ein unabweisbares öffentliches Verkehrsbedürfnis auf andere Weise nicht befriedigt werden kann und die Straßenverkehrsbehörde eine Sondernutzungserlaubnis erteilt oder zustimmt.**

- (4) **Unbeschadet der Vorschrift des § 77 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes kann der Planfeststellungsbeschluss auch dann aufgehoben werden, wenn der Antrag auf Genehmigung unanfechtbar abgelehnt ist oder die Genehmigung vollziehbar widerrufen oder zurückgenommen ist; § 77 Satz 2 und 3 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes ist anzuwenden.**

§ 16 LSeilbG

Eröffnung des Betriebes

- (1) **Die Eröffnung des Betriebs bedarf der Erlaubnis durch die Aufsichtsbehörde. Die Erlaubnis wird erteilt, wenn**

- 1. durch eine Abnahme festgestellt ist, dass die Sicherheit der Anlage gewährleistet ist,**

Die Abnahme der fertig gestellten Seilbahn erfolgt anhand der unter § 16 Absatz 2 LSeilbG genannten Unterlagen durch hierfür anerkannte Sachverständige oder Sachverständigenorganisationen. Die Sachverständigen fertigen einen Abnahmebericht, der der Aufsichtsbehörde vorzulegen und zu den Unterlagen zu nehmen ist.

- 2. die Nebenbestimmungen der Genehmigung und des Planfeststellungsbeschlusses erfüllt sind,**

Die Aufsichtsbehörde darf die Betriebserlaubnis nur erteilen, wenn die Auflagen und Bedingungen der Genehmigung nach § 9 LSeilbG und des Planfeststellungsbeschlusses nach § 11 LSeilbG erfüllt sind, siehe auch Absatz 3.

- 3. ein Betriebsleiter und die für eine sichere und ordnungsgemäße Betriebsführung erforderliche Anzahl von Stellvertretern bestellt und bestätigt sind,**

Vor der Betriebsaufnahme sind der Betriebsleiter und die Stellvertreter vom Seilbahnunternehmer zu bestellen und von der Aufsichtsbehörde zu bestätigen. Einzelheiten hierzu ergeben sich aus den §§ 14 und 15 und dem Merkblatt über die Anforderungen an Betriebsleiter und deren Bestätigung.

- 4. der Unternehmer ausreichend versichert ist.**

Die Höhe der Versicherung ist abhängig von der Beförderungsleistung einer Seilbahn. Dabei ist die Anzahl der gleichzeitig bei einem Unfall, wie z.B. Seilriss, verletzbarer Personen maßgebend. Möglicher Anhaltswert ca. 3 - 5 Mio. Euro zu versichernde Personenschadenssumme.

- (2) Die Sicherheitsanalyse, die EG-Konformitätserklärungen und die zugehörigen technischen Unterlagen der Sicherheitsbauteile und Teilsysteme nach Anhang I der EG-Seilbahnrichtlinie sind durch den Bauherrn oder seinen Bevollmächtigten der Aufsichtsbehörde vorzulegen sowie in Kopie bei der Anlage aufzubewahren. Diese Unterlagen sind von der Aufsichtsbehörde und vom Betreiber der Seilbahn für die Dauer des Betriebs der Anlage aufzubewahren.**

Der Aufsichtsbehörde sind folgende Unterlagen vorzulegen:

- Abnahmebericht
- Sicherheitsanalyse
- Sicherheitsbericht
- Beschreibung der Seilbahn
- Pläne der Stationsgebäude mit Prüfberichten
- Übersichtszeichnungen der Infrastruktureinrichtungen, z.B. Längenschnitt, Stützen mit Fundamenten, zugehörige Prüfberichte
- Übersichtszeichnungen der Sicherheitsbauteile und Teilsysteme
- EG- Konformitätserklärungen der Sicherheitsbauteile und Teilsysteme
- Instandhaltungs- und Wartungspläne
- Versicherungsvertrag

Die Aufsichtsbehörde ist berechtigt im Einzelfall die Vorlage weiterer Unterlagen zu fordern.

- (3) Die Aufsichtsbehörde kann eine vorläufige Erlaubnis für höchstens drei Jahre erteilen, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 mit Ausnahme der Nummer 2 erfüllt sind.**

Das Erfüllen der Nebenbestimmungen des Planfeststellungsbeschlusses, insbesondere der naturschutzrechtlichen Auflagen, kann oftmals bis zur Inbetriebnahme der Seilbahn nicht oder nicht vollständig erfolgen. Beeinträchtigt die Nichterfüllung dieser Nebenbestimmung die Sicherheit der Anlage nicht, kann die Aufsichtsbehörde eine auf maximal drei Jahre befristete Betriebserlaubnis erteilen.

- (4) Die Erlaubnis kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.**

Die Aufsichtsbehörde kann Nebenbestimmungen in Form von Auflagen, Bedingungen und Befristungen stellen, die dazu dienen, die allgemein formulierten gesetzlichen Anforderungen zu konkretisieren bzw. sicherzustellen.

- (5) Für wesentliche Erweiterungen und Änderungen der Anlagen der Seilbahn gelten die Absätze 1 und 4 entsprechend.**

Eine wesentliche Erweiterung oder Änderung ist aus seilbahntechnischer Sicht dann gegeben, wenn Sicherheitsbauteile, Teilsysteme oder Infrastruktureinrichtungen nicht durch baugleiche (Ersatzteile) ausgewechselt, sondern durch neue Systeme ersetzt werden sollen, z.B. neue Sessel, Kabinen, Wagen, neue Klemmeinrichtung, neuer Antrieb, neue Bremssysteme, neue Steuerung usw..

Gestattungsverfahren zum Neu-Bau und Betrieb von Seilbahnen

Seilbahn-Neubau

Nach § 11 (1) S. 7 LSeilbG i.V.m.
§ 74 (7) LVwVfG:
- andere öffentliche Belange sind nicht
berührt oder die erforderlichen
behördlichen Entscheidungen liegen
bereits vor und stehen dem Plan nicht
entgegen
und
- Rechte anderer sind nicht beeinflusst
oder mit den Betroffenen sind
entsprechende Vereinbarungen
getroffen worden

- Auswirkungen
 - Allgemeinheit
 - Nachbarn
 - Umwelt
- Sicherheitsanalyse Infrastruktur
 - Linienführung (Neigungen)
 - Streckenbauwerke
 - Brandschutz
 - Bergungskonzept

§ 11 LSeilbG Planfeststellungsverfahren

UVP
durchzuführen?

Nein

unwesentliche
Bedeutung?

Nein

Rechte anderer sind nicht beeinträchtigt
oder die Betroffenen haben sich schriftlich
einverstanden erklärt **und** mit den Trägern
öff. Belange, deren Aufgabenbereich berührt
sind, wurde das Benehmen hergestellt?

Nein

Absehensent-
scheidung

Plangenehmigung

Planfeststellungs-
beschluss

§ 9 LSeilbG Genehmigung zum Bau / Umbau & Betrieb

Seilbahn bauen

§ 16 LSeilbG Erlaubnis zum Eröffnen des Betriebes

Betrieb

Für das Verfahren nach § 9
LSeilbG ist maßgeblich, auf
welcher Variante im Sinne von
§ 11 (1) S. 7 LSeilbG i.V.m.
§ 74 (7) LVwVfG die
Absehensentscheidung beruht
(z.B. eventuell bereits
vorliegende behördliche
Entscheidungen wie
Baugenehmigung, natur-
schutzrechtliche Genehmigung
nach § 24 (2) NatSchG BW
bzw. Befreiung nach § 79
NatSchG oder sonstigen
Genehmigungen).

Legende

Start
Ende

Verzweigung

Verfahren

Alternativen

Maßnahmen

Dokumentation

Hinweise

Stand: 18.01.2018

© Joachim Schäfer

Gestattungsverfahren zur Änderung & Erweiterung von bestehenden Seilbahnen

